PB.B-01-154

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Carolin Renner (KV Görlitz)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 153 bis 164:
unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und gerechte Chancen garantiert. ~~Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich abgesichert stärken. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Die derzeitigen Regelungen zwischen Bund und Ländern beschränken die Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam auf neue Herausforderungen zu reagieren. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die Bildungszusammenarbeit im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es notwendig ist. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.~~Für notwendige Maßnahmen braucht es kurzfristig eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder und ein verfassungsrechtlich abgesichertes Kooperationssgebot zwischen Bund, Ländern und Kommunen. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Langfristig muss das Bildungssystem so reformiert weden, dass im gesamten Bundesgebiet einheitliche Bildungsziele gelten. Diese müssen auf Basis theoretischer bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer pädagogischer Erfahrung neu erarbeitet werden.

Begründung

Wir haben in Deutschland keine gute Bildung für alle, denn unser Bildungssystem ist weder gerecht noch modern. Wer aus einem finanziell schwachen Elternhaus kommt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit selbst auch arm. Unser Bildungssystem stammt aus dem 19. Jahrhundert und hinkt den Veränderungen in Gesellschaft, Technik und Wissenschaft und den globalen Herausforderungen, die durch Industrialisierung, Globalisierung und Digitalisierung entstehen, hinterher.
Wir wollen uns aber mit keinem System abfinden, das nicht gut ist. Dafür ist Bildung zu wichtig. Wir wollen gute Bildung für alle Menschen – und dafür brauchen wir ein modernes, nachhaltiges und gerechtes Bildungssystem für alle Menschen in Deutschland. Doch dieses System wollen und werden wir uns als Partei nicht selbst ausdenken. Wir sehen unsere Aufgabe als Partei darin, den Prozess der politischen Willensbildung nach Art. 21 GG entschieden voranzubringen. Das Fundament dafür sollen theoretische Erkenntnisse der Bildungswissenschaften und praktische Erfahrungen der Pädagogik bilden. Das heißt konkret: Wir wollen gemeinsam mit Bildungswissenschaftler:innen, Lehrer:innen, Schüler:innen und Vertreter:innen aus Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft einen Veränderungsprozess des Bildungssystems gestalten. Zeit und

Raum geben, um Ziele und Struktur eines modernen, gerechten und nachhaltigen Bildungssystems für alle Menschen demokratisch auszuhandeln und diesen langwierigen Weg stetig begleiten.

weitere Antragsteller*innen

Marcus Kossatz (KV Görlitz); Karsten Herden (KV Görlitz); Janet Conrad (KV Görlitz); Sidney Marek Schalles (KV Dresden); Bernd Gehrke (KV Görlitz); Verena Claus (KV Dresden); Andreas Görlitz (KV Meißen); Dietmar Günther (KV Dresden); Anna Einert (KV Dresden); Lukas Mosler (KV Bautzen); Anne Katrin Rußeck (KV Dresden); Nils Rübelmann (KV Dresden); Linus Bauer (KV Leipzig); Martin Helbig (KV Dresden); Leonhard Schwager (KV Dresden); Karoline Herre (KV Görlitz); Felix Friedrich (KV Görlitz); Carl-Niklas Lempert (KV Dresden); Mario Härtig (KV Görlitz)